



# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

**Eidgenössische Politik**

Weniger Zuwanderung, mehr Sicherheit  
von *Pascal Schmid*

Seite 2

**Kanton Zürich**

Flughafendebatte lässt den Puls steigen  
von *Ueli Bamert*

Seite 3

**Aktuell**

Mobilitätsinitiative wird umgesetzt: Verkehrsregeln statt Tempo-Chaos

Seite 5

**Parlamentsgemeinden**

Chance packen: Bürgerliche Mehrheit für Uster  
von *Benjamin Streit*

Seite 6

**Veranstaltungs-Tipp**

Einladung zur DV im Bezirk Dielsdorf

Seite 8

ABSTIMMUNGEN VOM 14. JUNI 2026

## Die Initiative «Stopp Prämien-Schock»: Die drei Vorteile im Überblick

Die Krankenkassenprämien gehören seit Jahren zu den am stärksten wachsenden Belastungen für Haushalte. Seit der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung haben sich die Prämien für die Zürcher Bevölkerung mehr als verdoppelt. Dies trifft besonders den Mittelstand, der Jahr für Jahr einen steigenden Anteil seines Einkommens für die Krankenkassen-Grundversicherung aufwenden muss.

Um den Missstand der schleichenden Doppelbelastung von Steuern und Krankenkassenprämien endlich zu lösen, übergab das Initiativkomitee am 29. Februar 2024 6670 Unterschriften an den Kanton Zürich. Die Vorlage kommt nun endlich zur Abstimmung. Mit einem JA zur Initiative «Stopp Prämien-Schock» resultieren drei wesentliche Vorteile für die Zürcher Bevölkerung.

**Vorteil 1: Automatische Anpassung des Steuerabzugs**

Der zentrale Mechanismus der Initiative besteht darin, den Steuerabzug für Krankenkassenprämien künftig automatisch an die reale Prämienentwicklung zu koppeln. Steigen die Prämien, steigt gleichzeitig der steuerliche Abzug. Heute ist dieser Abzug fix. Er ändert sich lediglich im Rahmen der allgemeinen Teuerung. Jedoch steigen die Krankenkassenprämien Jahr für Jahr deut-

lich stärker als die allgemeine Teuerung, was dazu führt, dass Haushalte effektiv Steuern auf Einkommen zahlen, das ihnen nach Abzug der Krankenkassenkosten gar nicht mehr zur Verfügung steht. Der vorgeschlagene Automatismus schafft hier eine sachliche Korrektur und stellt sicher, dass steigende Gesundheitskosten nicht gleichzeitig zu einer höheren Steuerlast führen.

«Der steuerliche Abzug soll automatisch an die Prämienentwicklung angepasst werden.»

mus schafft hier eine sachliche Korrektur und stellt sicher, dass steigende Gesundheitskosten nicht gleichzeitig zu einer höheren Steuerlast führen.

**Vorteil 2: Korrektur der heutigen doppelten Belastung**

Die Initiative reagiert auf die Problematik, dass Lohnerhöhungen durch parallel steigende Prämien häufig vollständig neutralisiert werden. Viele Haushalte können heute aufgrund der massiv steigenden Krankenkassenprämien real von einer Lohnerhöhung kaum profitieren. Ein typisches Szenario zeigt dies deutlich.

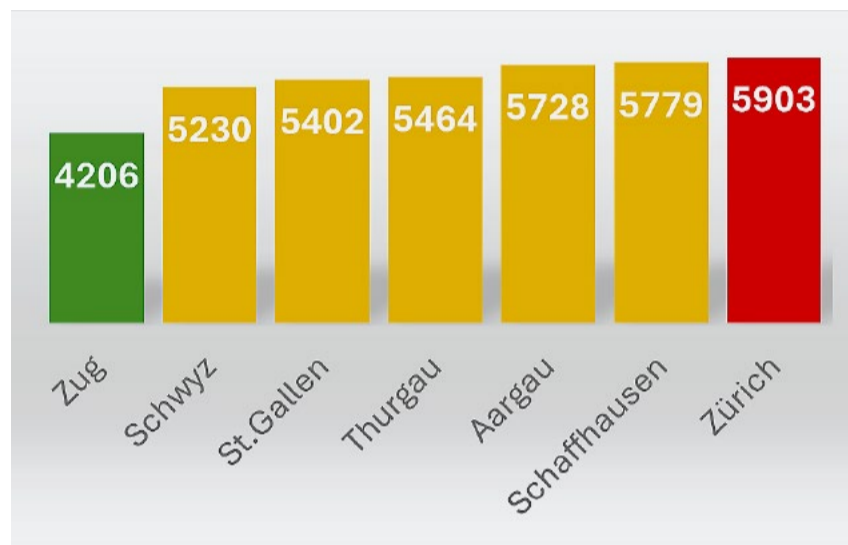
Beispiel: Erhalten Vater oder Mutter einer Familie eine Lohnerhöhung von monatlich 100 Franken und steigt die

Krankenkassenprämienlast der Familie ebenfalls um 100 Franken, bleibt der Familie kein zusätzlicher Rappen zum Leben. Trotzdem muss die Familie die 100 Franken, welche sie für die Krankenkasse zwangsläufig ausgeben muss, auch noch zusätzlich versteuern.

Die Lohnerhöhung der Familie wird steuerlich voll erfasst. Das heisst: Obwohl der gesamte zusätzliche Betrag direkt für die obligatorische Krankenversicherung verwendet werden muss, gilt er steuerrechtlich als verfügbares Einkommen. Durch diese steuerliche Mehrbelastung hat die Familie am Ende sogar weniger Geld zur Verfügung als vor der Lohnerhöhung. Dieses Phänomen ist ein klassisches Beispiel für kalte Progression.

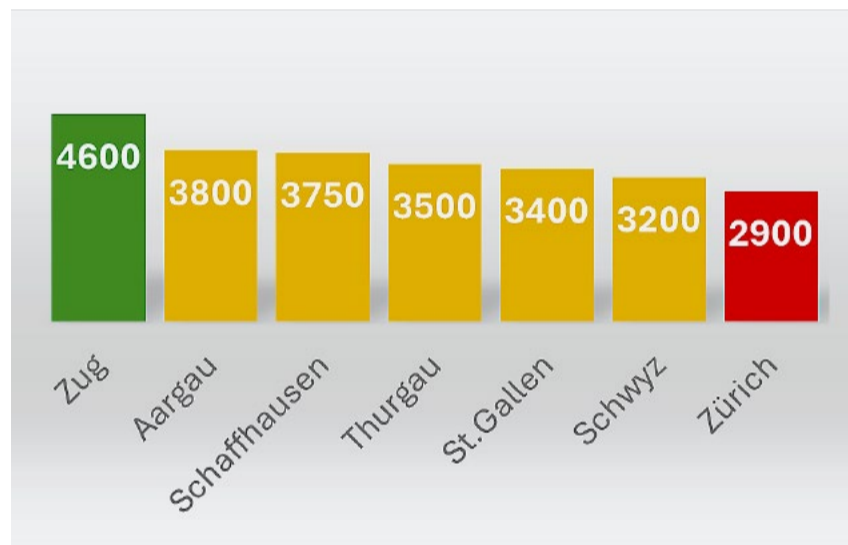
**Vorteil 3: Nachteile für Zürcherinnen und Zürcher stoppen**

Ein Blick über die Kantons Grenzen zeigt, dass die Zürcher Bevölkerung im Vergleich zu allen umliegenden Kantonen sowohl höhere Prämien als auch tiefere Steuerabzüge hat. Während im Kanton Zug die durchschnittliche Jahresprämie vollständig abziehbar ist, kann im Kanton Zürich nicht einmal die Hälfte der durchschnittlichen Prämien steu-



Zürich: höchste Prämienlast. Quelle: Kantonale Webseiten.

Bild: zVg



Zürich: tiefste Prämienabzüge. Quellen: BAG, Jahresprämien 2026.

Bild: zVg

erlich geltend gemacht werden. Diese Kombination führt zu einer überproportionalen Belastung der Zürcher Haushalte im interkantonalen Vergleich.

Zum Vergleich: Im Kanton Zug kann eine Krankenkassen-Durchschnittsprämie (Prämie 4206 Franken) vollumfänglich von den Steuern abgezogen werden (Abzug 4600 Franken). Im Kanton Zürich kann eine Krankenkassen-Durchschnittsprämie (Prämie 5903 Franken) nicht einmal zur Hälfte von den Steuern abgezogen werden (Abzug 2900 Franken).

**Doppelbelastung durch Prämien und Steuern jetzt stoppen**

Die Initiative «Stopp Prämien-Schock» stellt also sicher, dass sich der steuerliche Abzug in Zukunft automatisch an die Prämienentwicklung anpasst. Steigen die Krankenkassenprämien, steigt auch der Steuerabzug. Das ist gerecht, denn fehlt dieser Automatismus, erhebt der Staat Steuern auf Geld, das faktisch im Portemonnaie der Bevölkerung gar nicht mehr vorhanden ist.



**Stefan Schmid**  
Kantonsrat SVP und  
Mitinitiant  
Niederglatt

### Kompass Kongress 2026

Klartext zur Zukunft Schweiz-EU

Mittwoch, 27. Mai 2026, 19:00 Uhr  
The Hall, Dübendorf

Führende Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft diskutieren über die Folgen der EU-Verträge für die Schweiz.

**Unter anderem mit:**  
Ständeräte Severin Brüngger und Hans Wicki sowie den Unternehmern Giorgio Behr und Fredy Gantner.

Moderiert wird der Kongress von Reto Brennwald, Myriam Locher und Markus Somm.



Hier für 10.- Tickets auf Eventfrog kaufen:



Bewahren,  
was wir  
lieben.

nachhaltigkeits-initiative.ch



BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

## Für den Flughafen ging es um die Wurst

Die Argumente der Linken waren an diesem Montag noch besser versteckt als die Ostereier. Jedenfalls waren sie nicht auffindbar. Aber nicht die bevorstehenden Ostertage, sondern richtige und falsche Würste waren das grosse Thema des Tages – zumindest ausserhalb des Ratssaals.



**Tobias Infortuna**  
Kantonsrat SVP  
Egg

Die dümmste Meldung der Woche gleich zuerst: Im Zoo Zürich werden neuerdings keine originalen Kalbsbratwürste und Cervelats mehr verkauft, sondern nur noch solche mit einem Viertel Anteil an Bio-Erbesenprotein. Weil das die Zoobesucher gewünscht haben? Nein, viel besser, um das Klima zu retten! Mit Erbsen statt Fleisch in den Würsten sollen jährlich 60 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden, was 233 Autofahrten von Zürich nach Rom entspräche. Eingespart hätte aber vor allem eine Fahrt werden sollen: Diejenige des deutschen Zoodirektors nach Zürich.

### Senf dazugeben

Zum Glück ist der Kantonsrat nicht zuständig für das Essen im Zoo, sonst bekämen die Löwen nur noch Bircher-

müesli. Stattdessen ging es um die «Flughafen-Nachtruhe-Initiative». Diese will die verspäteten Flüge nach 23.00 Uhr verbieten. Doch der Kanton kann hier gar nicht mitbestimmen, wie Ueli Bamert erläuterte. Aber nicht nur formal, sondern auch inhaltlich ist die Initiative eine Hanswurstdiade, würde sie nämlich ein erfolgreiches Wirtschaften des Flughafens verhindern. Die Rednerliste war länger als die Warteschlange beim Schalter am Flughafen zu Beginn der Sommerferien. Weil wir hier nicht in St. Gallen sind, nutzten zahlreiche Kantonsräte die Gelegenheit, ihren Senf dazuzugeben. Linke und Grüne betonten immer und immer wieder den Lärm. Ehrlicher wäre folgendes grüne Votum gewesen: Wir wollen gar keinen Flughafen und gar keine Flugzeuge (ausser diejenigen, in denen wir in die Ferien fliegen). Durchsetzen konnte sich dann der Gegenvorschlag, der den Flughäfen zu bürokratischem Papierkram bei Verspätungen verpflichtet.

### Strassen sind nicht Wurst

Auch der Strassenverkehr kam an diesem Morgen anhand einer von Ueli Pfs-

ter vorgetragenen Fraktionserklärung von SVP und FDP zur Sprache. Diese lobte den Regierungsrat. Nachdem der Zürcher Stadtrat eine Autospur entlang der Limmat gesperrt hatte, reagierte der Regierungsrat nämlich sofort und liess die gesetzeswidrige Sperrung rückgängig machen. Der Zürcher Stadtrat hasst Autos noch mehr als Flugzeuge, aber dem Regierungsrat sind die Strassen zum Glück nicht Wurst.

**«Die Initiative ist sowohl formal als auch inhaltlich eine Hanswurstdiade.»**

Weil sie Geburtstag feierten, spendierten die Fraktionsmitglieder Rochus Burtscher, Roger Cadonau und Urs Wegmann in der Mittagspause Würste vom Grill. Richtige Würste, ganz ohne Erbsenbrei!

### Alles hat ein Ende, nur die Wurst hat zwei

Am Nachmittag fand die zweite Lesung des Gesetzes zur Sterbehilfe in Heimen und Spitälern statt – wobei es diese Hilfe in staatlichen Institutionen bereits gibt; das Gesetz wird jedoch auf private Heime ausgedehnt. Hier wurden alle Argumente der ersten Lesung vom Februar wiederholt. Die Meinung der SVP war klar: Private Institutionen sollen nicht gegen ihren Willen gezwungen werden, Suizidhilfe anzubieten. Weil dieser Standpunkt unterlag, ergriff die SVP das Referendum. Es folgten weitere Gesundheitsthemen, über die aber mit weniger Emotionen diskutiert wurde. Danach fand die lange Doppelsitzung doch noch ihr Ende.

Da man an den Ostertagen den Zoo wegen der vielen Besucher meiden sollte und der Stau vor dem Gotthard lang ist, könnte man das verlängerte Wochenende dazu nutzen, nach Berlin zu fliegen, um im dortigen Zoo die in Deutschland beliebte Currywurst durch Tofu zu ersetzen. Das wäre ein gerechter Ausgleich. Aber bitte vor 23.00 Uhr fliegen.



**Dank den Linken und Grünen droht dem Flughafen Zürich ein riesiger bürokratischer Papierkram.**

Bild: Adobe Stock

WORTE DES PARTEIPRÄSIDENTEN

## Wo Peter Spuhler irrt

Die SVP liefert mit der Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» als einzige Partei eine konkrete Antwort auf eine der drängendsten Fragen unseres Landes: Wie verhindern wir, dass unser kleines Land an der ungebremsten Zuwanderung erstickt? Umso mehr erstaunen mich die jüngsten Aussagen des Unternehmers Peter Spuhler, der unsere Initiative als «zu scharf» oder gar «extrem» bezeichnet. Wer den Initiativtext nämlich liest, erkennt schnell: Diese Kritik geht komplett an der Realität vorbei.

### Vernünftig und realistisch

Unsere Initiative ist eine vernünftige und realistische Lösung. Sie erlaubt weiterhin ein Bevölkerungswachstum von bis zu 40 000 Menschen pro Jahr. Das ist mehr als genug! Genau das ist gezielte Zuwanderung – also das, was Vertreter der Wirtschaft seit Jahren selbst fordern. Der Unterschied zur heutigen Situation: Statt einer ungebremsten Nettozuwanderung von bis zu 100 000 Personen jährlich soll das Wachstum wieder auf ein tragbares Mass reduziert werden. Die Wirtschaft kann weiterhin die benötigten Arbeitskräfte rekrutieren. Gleichzeitig wird die Bevölkerung endlich vor den immer deutlicher spürbaren Folgen der Mas-

senzuwanderung geschützt: überfüllte Züge, steigende Mieten, Dauerstau auf den Strassen und ein wachsender Druck auf unsere Landschaft und Infrastruktur. Was die Schweiz braucht,

**«Die Nachhaltigkeits-Initiative ist eine vernünftige und realistische Lösung.»**

ist nicht Wachstum um jeden Preis, sondern Qualität vor Quantität.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben völlig zu Recht den Eindruck, dass ein Teil der Wirtschaftselite den Bezug zur Realität verloren hat. Während einige wenige vom unbegrenzten Wachstum profitieren, trägt die breite Bevölkerung im Alltag die Konsequenzen. Wer diese Sorgen ignoriert oder kleinredet, gefährdet das Vertrauen und den Rückhalt der Bevölkerung in Wirtschaft und Politik. Das ist brandgefährlich! Die politischen Folgen sehen wir bereits: Linke Umverteilungsforderungen gewinnen an Zustimmung, weil viele Menschen glauben, dass vom heutigen System nur noch eine kleine Minderheit profitiert. Das ist eine gefährliche Entwicklung – und sie schadet dem Wirtschaftsstandort langfristig weit

mehr als die vernünftige Begrenzung der Zuwanderung.

### Das Problem an der Wurzel packen

Gerade deshalb braucht es jetzt eine bürgerliche Lösung, die das Problem an der Wurzel packt. Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» schützt unser Land, ohne der Wirtschaft die Luft zum Atmen zu nehmen. Sie sorgt dafür, dass Wachstum wieder im Gleichgewicht mit Natur, Infrastruktur und gesellschaftlichem Zusammenhalt steht. Wer die Schweiz liebt und ihre Zukunft sichern will, unterstützt diese Initiative. Ich will, dass meine Kinder und Grosskinder einmal diese Schweiz kennenlernen dürfen, in der ich aufgewachsen bin. Unsere Heimat ist grossartig – also schützen wir sie.

Am 14. Juni JA zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!».



von **Domenik Ledergerber**

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

## Flughafendebatte lässt den Puls steigen



**Ueli Bamert**  
Kantonsrat SVP  
Zürich

Wie immer, wenn es um den Flughafen geht, gingen auch am vergangenen Montag bei der Debatte um die «Flughafen-Nachtruhe-Initiative» die Emotionen hoch. Die Initiative fordert eine Einschränkung der Flugzeiten am Flughafen Zürich: Zwischen 23.00 Uhr und 06.00 Uhr sollen keine Flugzeuge starten oder landen – heute ist dies abends bis 23.30 Uhr möglich. Dabei herrschte über alle Parteien hinweg in einem wichtigen Punkt Einigkeit: Die «Flughafen-Nachtruhe-Initiative» ist nicht umsetzbar, denn sie widerspricht Bundesrecht. Die Flugzeiten am Flughafen Kloten fallen vollumfänglich in die Kompetenz des Bundes. Das kantonale Recht hat zur Frage, ab wann und bis wann Flugzeuge starten und landen dürfen, nichts zu sagen. Die Initianten standen mit ihrem Anliegen also von vornherein auf verlorenem Posten.

Neben der offensichtlichen Nichtumsetzbarkeit sprechen auch gewichtige inhaltliche Gründe für ein Nein. Der Flughafen Zürich ist für den Wohlstand der Schweiz von enormer Bedeutung. Die global orientierte Wirtschaft ist auf Direktverbindungen in die Grossstädte dieser Welt angewiesen. Eine weitere Beschränkung der Flugzeiten würde zahlreiche dieser Verbindungen unmöglich machen und der

Flughafen könnte seine wichtige Drehkreuzfunktion kaum noch wahrnehmen; er würde zu einem unbedeutenden Regionalflughafen herabgestuft, wirtschaftliche Einbussen und Stellenverluste inklusive. Und natürlich dürfen wir die zahlreichen Passagiere nicht vergessen, die es sehr schätzen, von Zürich-Kloten aus direkt in die ganze Welt reisen zu können. Auch dieser Komfort würde massiv eingeschränkt.

Aus all diesen Gründen wäre die Initiative wohl chancenlos an der Urne. Leider hat eine Mehrheit des Kantonsrats aber entschieden, dem Volksbegehren einen Gegenvorschlag entgegenzustellen. Dieser sieht neue Informationspflichten und eine Erhöhung der Strafgebühren für Flugverspätungen vor. Wir lehnen dies ab. Erstens, weil der Gegenvorschlag nichts an der jetzigen Situation ändern würde, für den Flughafen aber zusätzliche Bürokratie zur Folge hätte. Und zweitens, weil wir diese schädliche Initiative nicht durch ein Entgegenkommen legitimieren wollen.

Allerdings hat der Gegenvorschlag auch etwas Gutes: Sollte er in der Schlussabstimmung durchkommen, dürften die Initianten ihre schädliche Initiative zurückziehen, womit die Volksabstimmung entfallen würde. Wie es weitergeht, erfahren wir in der zweiten Lesung in einigen Wochen.

### Das Votum im Kantonsrat als Video:



AKTUELLE MEDIENMITTEILUNGEN



### Definitiver Freispruch für Kantonsrat Patrick Walder



### Der Kanton macht Ordnung – Endlich

ZKB-BANKRAT – RÜCKTRITT

## Würdigung von René Huber

René Huber wird altershalber Ende August 2026 aus dem Bankrat der Zürcher Kantonalbank ausscheiden. Die Fraktion würdigt seine ausserordentliche Leistung.

PF. Seit seinem Eintritt in den Bankrat der Zürcher Kantonalbank im Jahr 2014 hat René Huber die strategische Entwicklung der Bank mit grossem Engagement und hoher fachlicher Kompetenz mitgeprägt.

Als eidgenössisch diplomierter Bankfachexperte bringt er fundierte Kenntnisse aus seiner langjährigen Tätigkeit im Bankwesen ein und verbindet diese mit seiner politischen Erfahrung als Stadtpräsident von Kloten. In verschiedenen Ausschüssen – insbesondere im Prüf- sowie im Entschädigungs- und Personalausschuss – leistete er einen wichtigen Beitrag zur verantwortungsvollen Unternehmensführung und zur Sicherstellung einer nachhaltigen Entwicklung der ZKB.

Sein Wirken ist geprägt von Verlässlichkeit, Praxisnähe und einem ausgeprägten Verständnis für die Bedürfnisse von Wirtschaft, Bevölkerung und öffentlicher Hand. Damit hat René Huber über die Jahre hinweg wesentlich zur Stabilität und zur starken Verankerung der Zürcher Kantonalbank im Kanton Zürich beigetragen.

### Ein herzliches Dankeschön

Altershalber wird René Huber nun aus dem Bankrat ausscheiden. Die SVP-Fraktion spricht René Huber ihren herzlichen

Dank für seinen langjährigen und engagierten Einsatz im Bankrat der Zürcher Kantonalbank aus. Mit seiner bodenständigen Art, seinem klaren Werteverständnis und seinem Verantwortungsbewusstsein hat er die Interessen des Kantons und seiner Bevölkerung stets umsichtig vertreten.

Sein Einsatz für eine solide, risikoarme Geschäftspolitik sowie für die Wahrung des Leistungsauftrags der ZKB verdient besondere Anerkennung. René Huber hat seine Aufgabe stets mit Augenmass, Pflichtbewusstsein und grosser persönlicher Integrität wahrgenommen.

Für dieses wertvolle Wirken danken wir ihm im Namen der SVP-Fraktion herzlich und wünschen ihm für die Zukunft weiterhin viel Erfolg und alles Gute.



**Fraktionspräsident Tobias Weidmann bedankt sich bei ZKB-Bankrat René Huber für die geleistete Arbeit.**

Bild: SVP-Fraktion

JUNGI SVP – MIR REDET #KLARTEXT!

## Runde Tische und fehlende Integration

Haben Sie gehört, was Bundesrat Beat Jans gegen Kriminelle unternimmt? Er beobachtet sie an runden Tischen – einzeln! Seine eigene Aussage: Er wisse nicht, was man sonst noch tun könne. Sorry, Herr Bundesrat: Ist das Ihr Ernst?



**Naemi Dimmeler**  
Präsidentin JSVP  
Kanton Zürich  
Ellikon an der Thur

Letzte Woche wurden die neuen Kriminalitätsstatistiken veröffentlicht. Wenn man dem SRF glaubt, ist die Kriminalität gesunken. Wenn man jedoch selbst hinschaut und die Linse etwas schärfer stellt, erkennt man ein anderes Bild: Die Schweiz wird unsicherer. Schon wieder haben die schweren Gewaltstraftaten zugenommen. Um satte 8,1 Prozent! Die Vergewaltigungen sind um 29 Prozent gestiegen.

### SRF und Linke verschweigen Probleme

Ein wichtiger Punkt wird von linken Parteien und vielen Medien systematisch weggelassen: der hohe Anteil ausländischer Täter in der Kriminalstatistik. In zahlreichen Deliktbereichen sind Ausländer massiv überrepräsentiert. Wer diese Realität anspricht, wird schnell moralisch belehrt. Eine ehrliche Politik muss Probleme benennen, statt sie aus Angst vor politischer Korrektheit zu verschweigen. Sicherheit entsteht nicht durch Schönreden, sondern durch konsequentes Handeln. Täter vom runden Tisch aus zu beobachten, gehört vermutlich nicht dazu.

Parallel dazu beobachten wir einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel. Entwicklungen prägen unseren Alltag, die noch vor wenigen Jahren

kaum vorstellbar gewesen wären: Eine Muslima mit Kopftuch wird in den Zürcher Gemeinderat gewählt. In Dietikon wird über ein Islam-Gym diskutiert. Auf vielen Pausenplätzen hört man immer weniger Deutsch. Integration bedeutet nicht, dass Parallelsellschaften entstehen. Integration bedeutet, dass diejenigen, die zu uns kommen, unsere Sprache lernen, unsere Werte respektieren und Teil unserer Gesellschaft werden. Wenn das nicht gelingt, entstehen Spannungen – und diese spiegeln sich auch in den Kriminalitätszahlen.

### Zuwanderung begrenzen fördert Integration

Die Schweiz ist ein freiheitliches Land. Gerade deshalb müssen wir den Mut haben, Probleme offen anzusprechen. Wer unsere Offenheit missbraucht, unsere Gesetze bricht oder unsere Werte ablehnt, darf nicht geduldet werden. Kriminelle Ausländer müssen konsequent ausgeschafft werden. Die Zuwanderung muss wieder gesteuert werden, damit Integration überhaupt gelingen kann. Unbegrenztes Wachstum ist auch sozial für diejenigen, die sich integrieren wollen.

Die Junge SVP des Kantons Zürich steht klar dafür ein, dass Sicherheit, Ordnung und unsere Kultur geschützt werden. Die Schweiz darf nicht naiv sein. Unser Land bleibt nur stark, wenn wir den Mut haben, Fehlentwicklungen rechtzeitig zu korrigieren – bevor sie unumkehrbar werden. Darum ist für uns klar: Wer die Schweiz liebt, stimmt am 14. Juni JA zur Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!».

JA ZUR NACHHALTIGKEITS-INITIATIVE AM 14. JUNI

## Dichtung und Wahrheit zur 10-Millionen-Initiative

Es ist unglaublich, wie viel Unsinn der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!», über die wir am 14. Juni 2026 abstimmen, angedichtet wird.



**Nina Fehr Düsel**  
Nationalrätin SVP  
Küsnacht

Da lassen sich an der kürzlichen Medienkonferenz unter der Ägide von Bundesrat Beat Jans sogar die Präsidenten der vier Dachverbände der Gewerkschaften und Arbeitgeber zu abenteuerlichen Aussagen hinreissen – von angeblichen Wohlstandsverlusten über AHV-Defizite bis zum behaupteten Mangel an Pflegekräften. Probleme, die eben gerade durch die übermässige, unkontrollierte Zuwanderung verursacht und angeheizt werden.

### Fakten

Dabei sind die Fakten klar: Seit der Einführung der EU-Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 kommen jedes Jahr durchschnittlich 97000 Personen netto, also zusätzlich, in die Schweiz – grösstenteils eben keine Fachkräfte. Die Bevölkerung in unserem Land wächst vergleichsweise 18 Mal schneller als in Deutschland. Und die gravierenden Folgen der übermässigen Zuwanderung

(von explodierenden Stautunden über Schulprobleme und zubetonierte Landschaften bis zur Kriminalität) sind nicht länger tragbar. Darum muss endlich gehandelt werden.

### Bundesrat in der Pflicht

Die 10-Millionen-Initiative nimmt den Bundesrat in die Pflicht: Wenn die Bevölkerung der Schweiz 9,5 Millionen übersteigt, muss er Massnahmen treffen, um die Zuwanderung zu bremsen – das ist alles. Nur wenn er diesen Auftrag nicht erfüllt und die Bevölkerung

vor dem Jahr 2050 zehn Millionen übersteigt, müsste die Personenfreizügigkeit gekündigt bzw. neu verhandelt werden, und es könnten zum Beispiel Kontingente eingeführt werden. Übrigens hat Letzteres von 1970 bis 2007 problemlos funktioniert; die Wirtschaft bekam die Leute, die sie brauchte, und der Wohlstand pro Kopf ist gestiegen.

Fazit: Der Bundesrat muss aufgrund der 10-Millionen-Initiative ganz einfach seinen Auftrag erfüllen und im Landesinteresse handeln – meines Erachtens eine Selbstverständlichkeit.



Die gravierenden Folgen der übermässigen Zuwanderung sind nicht länger tragbar.

Bild: Adobe Stock

WIE DER BUNDESRAT DIE SCHWEIZ REGIERT

## Macht und Mass

Das Buch «Wie der Bundesrat die Schweiz regiert» von Walter Thurnherr bietet einen praxisnahen Einblick in die Funktionsweise der Schweizer Regierung aus Sicht eines Insiders. Thurnherr war selbst Bundeskanzler und kennt die Abläufe im Bundesrat aus erster Hand.

RW. Thurnherr zeigt, dass die Regierung der Schweiz vor allem durch Zusammenarbeit, Koordination und Ausgleich funktioniert – weniger durch Macht einzelner Personen.

### Bundeskanzlei als Drehscheibe

Der Bundesrat entscheidet nach dem Kollegialitätsprinzip, also gemeinsam.



**Koordination, Vertrauen und Kompromissfähigkeit machen das Schweizer Regierungssystem aus.** Bild: zVg

Jedes Mitglied führt ein eigenes Departement, muss aber dennoch gesamtstaatlich denken. Die wöchentlichen Sitzungen sind stark strukturiert und gut vorbereitet. Viel Arbeit passiert hinter den Kulissen, bevor überhaupt entschieden wird. Die Bundeskanzlei organisiert und koordiniert die Regierung. Sie sorgt dafür, dass Geschäfte entscheidungsreif sind. Sie ist eine Art Drehscheibe zwischen Departementen.

### Konsens statt Konflikt

Entscheidungen im Bundesrat entstehen durch Kompromisse. Offene Konflikte werden möglichst vermieden. Nach aussen gilt das Prinzip: Alle stehen hinter dem Entscheid. Das ist das Schweizer Regierungssystem, das alle Beteiligten immer wieder neu lernen müssen.

### Der Einfluss der direkten Demokratie

Referenden und Volksinitiativen zwingen die Regierung zu breit akzeptierten Lösungen. Das ist gut so. Aber Thurnherr ist kein Verfechter der Volksrechte, sondern bestenfalls ein Bürokrat, der das Richtige will. Die Frage «Wird das vor dem Volk bestehen?» wird in den Amtsstuben immer wieder gewälzt. Aber ob das Volk und die Stände im Bundesrat immer noch eine Stimme haben, ist

nicht immer so klar, wie Thurnherr das in der Theorie meint. Das zeigen der EU-Unterwerfungsvertrag und die Frage nach dem Ständemehr überdeutlich.

Die offizielle Struktur der Politik ist nur ein Teil der Wahrheit. Informelle Gespräche, Netzwerke und Timing sind oft entscheidend. Nach Thurnherr sei die Schweizer Politik stark von Pragmatismus geprägt. Die «Komplexität moderner Politik», der internationale Druck sowie steigende Erwartungen an Transparenz und Geschwindigkeit sind nach Aussagen des ehemaligen Bundeskanzlers die grössten Herausforderungen.

### Wie Exekutiven ticken

Das Buch vermittelt ein realistisches Bild: Die Schweizer Regierung ist kein Machtzentrum einzelner Politiker, sondern ein fein austariertes System aus Koordination, Vertrauen und Kompromissfähigkeit. Effizienz entsteht weniger durch Tempo als durch breite Akzeptanz. Das Werk ist auch Freunden von Volksrechten sehr zu empfehlen, denn es zeigt auf, wie Exekutiven ticken und sich selbst organisieren.

Thurnherr, Walter. *Wie der Bundesrat die Schweiz regiert. Und weshalb es trotzdem funktioniert.* Zürich: Kein+ Aber, 2025. Preis: Fr. 29.45.

UMSETZUNG DER MOBILITÄTSINITIATIVE

## Klare Verkehrsregeln statt ideologisches Tempo-Chaos

Der Zürcher Regierungsrat hat entschieden, die Mobilitätsinitiative per 1. Juni 2026 umzusetzen. Damit wird endlich ein klarer Volksauftrag vollzogen – nachdem der links dominierte Zürcher Stadtrat zuvor noch versucht hatte, diesen mit allen Mitteln zu blockieren.

SB. Für die SVP des Kantons Zürich ist klar: Hier wird ein längst überfälliger Schritt gemacht. Die Zürcher Bevölkerung hat im November 2025 unmissverständlich entschieden, dass Hauptverkehrsachsen ihre Funktion behalten müssen. Willkürliche Temporeduktionen sollen nur noch in begründeten Ausnahmefällen möglich sein. Dieser demokratische Entscheid ist verbindlich – und darf nicht durch ideologische Manöver unterlaufen werden.

### Volksentscheid ist umzusetzen – ohne Wenn und Aber

Umso befremdlicher war das Verhalten des Stadtrats, der den Volksentscheid vor Bundesgericht stoppen wollte. Doch

das höchste Gericht hat die aufschiebende Wirkung der Beschwerde klar abgelehnt. Damit stand fest: Der Entscheid des Volkes ist umzusetzen.

Der Regierungsrat tut nun genau dies: Er stellt sicher, dass demokratische Entscheide respektiert werden und die

**«Demokratische Entscheide dürfen nicht durch ideologische Manöver unterlaufen werden.»**

Blockadepolitik der Stadtregierung ins Leere läuft. Das ist ein wichtiges Signal für unseren Rechtsstaat und das Vertrauen in die direkte Demokratie.

### Funktionierende Verkehrsachsen statt Ausweichverkehr in Quartieren

Mit der Umsetzung der Initiative werden zudem klare Regeln im Strassenetz geschaffen. Die sogenannte Netzhierarchie wird gestärkt: Hauptverkehrsachsen sollen den Verkehr aufnehmen, während Wohnquartiere vor Ausweichverkehr geschützt werden. Genau das entspricht einer vernünftigen und funktionierenden Verkehrspolitik.

Denn eines ist offensichtlich: Wer Hauptachsen künstlich verlangsamt, sorgt nicht für weniger Verkehr – sondern verlagert ihn in die Quartiere. Leid-

tragende sind die Anwohnerinnen und Anwohner. Ein funktionierender Kanton braucht deshalb leistungsfähige Verkehrsachsen statt ideologisch moti-

**«Die Umsetzung sorgt für eine sachliche, praxistaugliche Verkehrspolitik.»**

vierter Schikanen gegen den motorisierten Verkehr.

Die SVP des Kantons Zürich begrüsst den Entscheid des Regierungsrats. Er schafft Klarheit, stärkt die Demokratie und sorgt für eine sachliche, praxistaugliche Verkehrspolitik im Interesse der gesamten Bevölkerung.



Mit der Umsetzung der Initiative werden klare Regeln im Strassenetz geschaffen. Bild: ja-mobilitaet.ch



GEMEINDEWAHLEN IN WETZIKON

## Fragwürdiges Vorgehen des Stadtrats kurz vor den Wahlen

In Wetzikon sorgt ein Entscheid des Stadtrats für erhebliche Irritationen – und das ausgerechnet kurz vor den Gemeindewahlen vom 12. April. Mitten im laufenden Wahlkampf wird eine langjährige Praxis plötzlich untersagt: Wahlplakate an Brückengeländern, die über Jahre hinweg toleriert und teilweise sogar ausdrücklich erlaubt worden waren.

SB. Auch die SVP hat sich bei der aktuellen Kampagne auf diese bewährte Handhabung verlassen. Entsprechend wurden Plakate an mehreren Standorten angebracht – im guten Glauben, im Einklang mit den bisherigen Vorgaben der Stadt zu handeln. Umso unverständlicher ist es, dass die Behörden nach-

träglich einschreiten und die Entfernung der Plakate verlangen.

### Spielregeln werden kurzfristig geändert

Besonders problematisch: Die Stadt beauftragt sich auf ein bestehendes Verbot, das offenbar intern nie konsequent um-

gesetzt oder klar kommuniziert wurde. Dass frühere Regelungen widersprüchlich gehandhabt wurden, wird inzwischen selbst eingeräumt. Die Konsequenzen dieses Versäumnisses tragen nun jedoch die Parteien – und damit letztlich auch die Wählerinnen und Wähler.

Für die SVP ist klar: Ein solches Vorgehen mitten im Wahlkampf ist nicht akzeptabel. Wenn die Spielregeln kurzfristig geändert werden, wird die Chancengleichheit der Parteien infrage gestellt. Sektionspräsident Rolf Müri sieht politisches Kalkül hinter dem Entscheid. Gerade in der entscheidenden Phase vor den Wahlen ist es zentral, dass alle politischen Kräfte ihre Positionen sichtbar machen können.

### Faire Wahlen dürfen nicht gefährdet werden

Hinzu kommt die kompromisslose Haltung des Stadtrats. Anstatt für den laufenden Wahlkampf eine pragmatische Übergangslösung zu ermöglichen, wurde sofort auf eine strikte Durchsetzung gedrängt – inklusive der Androhung von kostenpflichtigen Massnahmen. Dieses Vorgehen wirkt unnötig hart und politisch unsensibel.

Die Gemeindewahlen vom 12. April sind für Wetzikon von grosser Bedeutung. Umso wichtiger wäre es, dass die Behörden für faire Rahmenbedingungen sorgen, anstatt durch kurzfristige Eingriffe zusätzliche Unsicherheit zu schaffen.

Die SVP Wetzikon prüft deshalb rechtliche Schritte. Denn klar ist: Staatliche Organe haben im Wahlkampf neutral

**«An der missliebigen SVP soll ein Exempel statuiert werden.»**

zu bleiben. Das Vertrauen in unsere direkten demokratischen Prozesse darf nicht durch fragwürdige Entscheide beschädigt werden.



Die Gemeindewahlen vom 12. April sind für Wetzikon von grosser Bedeutung.

Bild: Rolf Müri



Auch in Wetzikon sind SVP-Plakate linkem Vandalismus ausgesetzt.

Bild: Rolf Müri

SVP BEZIRK HORGEN

## Erfolgreicher Rekurs gegen Tempo 30 auf der Seestrasse

Vor etwa einem Jahr wurde unsere Kantonspolizei politisch genötigt, an mehreren neuralgischen Achsen per Verkehrsordnung das Tempo zu drosseln. Man wollte vor der Annahme der Mobilitätsinitiative noch Tatsachen schaffen. Zumindest für die Horgner Seestrasse hat die SVP erfolgreich rekuriert.



**David Wolf**  
Präsident SVP Horgen,  
Mitglied der Sozialbehörde  
und Kantonsratskandidat

Und täglich grüsst der Kampf gegen das Schnecken-tempo. Mit dem Reinflattern des finalen Rekursentscheides des kantonalen Baurekursgerichtes vor ein paar Tagen wird klar: Horgen bekommt kein Tempo 30 auf der Seestrasse. Grundlage der initialen Verkehrsordnung war wie so oft das ausgelutschte «Strassenlärm-Argument». Das Perfide an der Sache: Dank der Masseneinwanderung sind mittlerweile viele verkehrorientierte Strassen innerorts auf grossen Abschnitten zu Quasi-Quartierstrassen mutiert. Zwar bleibt damit die Argumentation haltlos, genügt aber mittlerweile als Platzhalter beim Fehlen echter Beweggründe.

Das Gericht hat sich die Sache nichtsdestotrotz angeschaut. Ausschlaggebend sei das Horgner Verkehrskonzept gewesen, welches 2022 mit einer Einzelinitia-

tive von der SVP und FDP angestossen und Ende 2023 an der Gemeindeversammlung durch die SVP erwirkt wurde. Der mittellinks dominierte Gemeinderat wurde jäh aus seinen verkehrsberuhigten Tagträumereien gerissen und muss sich nun an Regeln halten. Unsere Regeln.

Hingegen ist die Position der Linken bei diesem Thema religiös verhärtet. Es gehört zu ihrem städtepolitischen Ideal und sie werden nicht müde, dies zu betonen. Die bürgerliche Gegenposition ist um einiges besonnener und somit auch wenig reisserisch. Der Kampf gegen

**«Bürgerliche Schulterschlüsse sind beim Tempo-30-Thema erstrebenswert.»**

die Abwertung unserer Verkehrsinfrastruktur gehört zu unseren politischen Ämtli dazu. Einen Pokal gewinnt man für diese reaktive Politik aber selten – und in den Städten erst recht nicht. Umso wichtiger ist kräftesparendes Vorgehen. Bürgerliche Schulterschlüsse sind

bei diesem Thema realistisch und erstrebenswert. Keine bürgerliche Couleur muss sich mit Alleingängen verwirklichen, aber wir erzielen realpolitische Erfolge.



Die SVP hat erfolgreich gegen Tempo 30 rekuriert.

Bild: zVg

BEDENKLICHE ZUSTÄNDE IM PARLAMENT

## Krieg auch in der Schweiz?

Mitten in kriegerischen Ereignissen in Europa und im Mittleren Osten trifft unser Parlament einen kriegsfördernden Entscheid! Es lehnt die Neutralitätsinitiative ab und stellt sich gegen die immerwährende, bewaffnete und umfassende Neutralität – also gegen die erfolgreiche schweizerische Friedenssicherung.



**Christoph Blocher**  
Alt Bundesrat SVP  
Herrliberg

Nur: Was ist wahrscheinlicher? Dass uns die NATO und die EU bei einem Angriff auf die Schweiz zu Hilfe kommen oder dass Schweizer Soldaten im Ausland für die NATO und die EU sterben müssen?

Weil sowohl der Nationalrat als auch der Ständerat beim Gegenvorschlag unterschiedlich stimmten, wurden in der Einigungskonferenz von FDP und Mitteflugs die neutralitätsfreundlichen Vertreter durch Gegner ersetzt. Die Fraktionsmitglieder liessen sich das gefallen!

Aus Bern wird berichtet, Bundesrat Ignazio Cassis habe in einer Kommission erklärt, dass sich die Schweiz in der Welt entschuldigen müsste, wenn sie die immerwährende, bewaffnete Neutralität in die Verfassung schreiben würde. Wohlverstanden: Entschuldigen für eine unserer Staatssäulen, die unser Land seit über zweihundert Jahren von Krieg verschont hat. Die Schweiz-Zerstörer haben es weit gebracht.

Nicht einmal ein Gegenvorschlag des Ständerats zur Verankerung der immerwährenden, bewaffneten und umfassenden Neutralität fand die Unterstützung des Nationalrates.

Tonangebend war die SP. Sie will generell keine Neutralität, um von Fall zu Fall entscheiden zu können, welcher Staat ihr passt und welcher nicht. Zusätzlich ist die SP gegen eine schweizerische Armee. Damit kann sie nicht für die schweizerische Neutralität sein. Unerklärlich ist die Ablehnung der FDP. Die FDP möchte sich an die neutralitätswidrige Sicherheitspolitik der NATO und der EU binden.

KLARE WORTE ZUM EU-UNTERWERFUNGSVERTRAG

## SVP Uster informiert vor Ort

Mit einer gut besuchten Informationsveranstaltung hat die SVP Uster einmal mehr gezeigt, wie wichtig der direkte Austausch mit der Bevölkerung ist.

Mit Nationalrätin Barbara Steinemann sowie den Nationalräten Martin Hübscher und Pascal Schmid standen drei profilierte Stimmen aus Bundesbern auf der Bühne, die die Auswirkungen des geplanten EU-Unterwerfungsvertrags klar und verständlich darlegten.

Die Referenten machten deutlich, worum es bei diesem Vertrag tatsächlich geht: weniger Selbstbestimmung, mehr fremdes Recht und steigende Kosten für die Schweiz. Gerade für eine eigenständige und direktdemokratische Schweiz sind diese Entwicklungen höchst problematisch. Die klare Botschaft des Abends war entsprechend unmissverständlich: Die Schweiz darf ihre bewährten Stärken nicht leichtfertig auf Spiel setzen.

Neben den inhaltlichen Inputs bot der Anlass auch Raum für persönliche Gespräche. Der direkte Austausch zeigt immer wieder: Das Bedürfnis nach verständlicher, klarer und bürgernahe Politik ist gross. Solche Veranstaltungen sind für Ortssektionen von zentraler Bedeutung. Politik darf nicht nur in Bern stattfinden – sie muss vor Ort erklärt, diskutiert und eingeordnet werden. Die SVP Uster nimmt diese Verantwortung ernst und schafft bewusst Plattformen, auf denen sich interessierte Bürgerinnen und Bürger aus erster Hand informieren und ihre Fragen einbringen können.

Daniel Schnyder,  
Gemeinderat und Präsident SVP Uster



Solche Veranstaltungen sind für Ortssektionen von zentraler Bedeutung, denn Politik muss vor Ort erklärt, diskutiert und eingeordnet werden.

Bild: zVg



Die Nationalräte Barbara Steinemann, Pascal Schmid und Martin Hübscher gingen auf die Folgen des Unterwerfungsvertrags ein.

Bild: zVg

## Fadegrad



von  
Samuel Balsiger

## Die wichtigste Abstimmung

Am 14. Juni kommt die Nachhaltigkeits-Initiative zur Abstimmung. Es ist die letzte Möglichkeit, die Schweiz vor dem Untergang zu retten. Das klingt dramatisch, entspricht aber leider der Wahrheit. In den letzten 24 Jahren sind über die Personenfreizügigkeit und das Asylwesen über 2,2 (!) Millionen Ausländer dauerhaft in die Schweiz eingewandert. Allein seit 2014 sind eine Million Ausländer gekommen. Der Ausländeranteil beträgt 28 Prozent. Seit dem Jahr 2000 sind rund 800 000 bis 900 000 Ausländer eingebürgert worden.

Sollen nochmals zwei Millionen Ausländer einwandern und nochmals rund eine Million eingebürgert werden? Wann soll genug sein? Wir müssen die masslose Zuwanderung jetzt stoppen. Wir können diesen Zustrom nicht verkraften. Das zeigt sich tagtäglich im Alltag: Stau, steigende Mieten, alles wird zubetoniert, die Kriminalität steigt, wir werden Fremde im eigenen Land. Das alles sind Fakten und die Zahlen kann jeder nachschauen. Kein Mensch, der bei klarem Verstand ist, kann behaupten, dass es so weitergehen kann.

Warum bildete sich dann dennoch dieser absolute Widerstand gegen die Nachhaltigkeits-Initiative bei manchen Parteien und Gewerkschaften? Sie verdienen am Untergang der Schweiz finanziell. Die Gewerkschaften wollen offene Grenzen und Lohndumping aus der EU. Das bringt einerseits ausländische Mitglieder, die einen Teil ihres Lohnes an die Gewerkschaft abdrücken. Mit den flankierenden Massnahmen erhalten die Gewerkschaften andererseits Rechte, die sie sonst in der Schweiz nie erhalten hätten. Es geht um Millionenbeiträge.

Anderer Parteien sind durch ausländische Grosskonzerne und Manager dominiert. Die haben kein Interesse am Erhalt der Schweiz. Die wollen offene Grenzen, Konsum und billige Arbeitskräfte. Dass unter dem Zuwanderungsstrom die Schweiz kaputt geht, lässt sie kalt. Die Abstimmung zur Nachhaltigkeits-Initiative ist somit keine Frage der politischen Einstellung. Ob links oder rechts: am Erhalt unseres Landes sollte jeder Schweizer Interesse haben.

Die Gegner werden den Teufel an die Wand malen: Die Schweiz würde verarmen, die EU würde jeden Kontakt abbrechen, bla, bla, bla. Schon bei der EWR-Abstimmung brachten sie die gleichen Lügen. Das Gegenteil war der Fall. Wir müssen die Zuwanderung endlich wieder eigenständig steuern – sonst geht die Schweiz unter. Am 14. Juni entscheidet sich die Zukunft unseres Landes. JA zur Schweiz und somit JA zur Nachhaltigkeits-Initiative! Wir schützen, was wir lieben.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Die Stadt als Dealerin?

Die Stadt Zürich will die laufende Cannabis-Studie «Züri Can – Cannabis mit Verantwortung» um zwei Jahre verlängern und beantragte dafür vor zwei Wochen im Gemeinderat einen Zusatzkredit von 800 000 Franken. Damit würden sich die Gesamtkosten des Projekts auf rund 2,76 Millionen Franken erhöhen.



Yves Peier  
Gemeinderat SVP  
Zürich

Seit März 2023 untersucht die Studie, wie sich ein regulierter Zugang zu Cannabis auf Konsumverhalten und Gesundheit auswirkt. Gleichzeitig werden konkrete Verkaufsmodelle getestet, etwa über Apotheken oder sogenannte Social Clubs. Grundlage dafür ist ein bundesrechtlicher Experimentierartikel, der seit 2021 wissenschaftliche Pilotversuche dieser Art ermöglicht.

Inzwischen nehmen über 2200 Personen an der Studie teil, künftig sollen es bis zu 3000 sein. Der Verkauf erfolgt legal und unter kontrollierten Bedingungen an rund 20 Abgabestellen. Nach Angaben der Stadt wurden bislang knapp 600 Kilogramm Cannabisprodukte verkauft.

### Gefährliche Substanzen werden normalisiert

Was auf den ersten Blick als wissenschaftlich begleitetes Pilotprojekt erscheint, wirkt bei näherer Betrachtung grundlegende ordnungs- und gesellschaftspolitische Fragen auf. Denn faktisch tritt die Stadt nicht nur als Beobachterin, sondern als Organisatorin eines staatlich strukturierten Cannabismarkts auf.

Die zentrale Aufgabe des Staates ist es, die Bevölkerung zu schützen und Risiken zu begrenzen. Dazu gehören Prävention, Aufklärung und der Schutz vor Suchtverhalten und gesundheitlichen Schäden. Wenn die öffentliche Hand jedoch den Verkauf einer risikobehafteten Substanz aktiv organisiert,

gerät sie in eine widersprüchliche Rolle: Einerseits warnt sie vor den Folgen des Konsums, andererseits schafft sie Strukturen, die diesen erleichtern.

Dabei ist unbestritten, dass Cannabis keine harmlose Substanz ist. Gerade bei regelmässigem Konsum, insbesondere bei jungen Menschen, steigt das Risiko psychischer Erkrankungen wie Angststörungen, Depressionen oder Psychosen. Umso fragwürdiger ist es, wenn staatliche Stellen im Namen der Forschung ein Angebot schaffen, das den Konsum normalisiert und gesellschaftlich enttabuisiert.

### Steuergeldverschwendung für Rauschmittel

Befürworter verweisen auf Qualitätskontrolle und einen regulierten Zugang. Doch Erwachsene, die Cannabis konsumieren wollen, finden bereits heute

Wege dazu. Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob konsumiert wird, sondern welche Rolle der Staat dabei einnehmen soll: Soll er ordnend, begrenzend und präventiv wirken oder selbst als Anbieter auftreten?

Auch finanziell überzeugt die Vorlage nicht. Bereits heute wurden erhebliche öffentliche Mittel für das Projekt eingesetzt, weitere Ausgaben sind absehbar. Es besteht die Gefahr, dass aus einem befristeten Pilotversuch schrittweise eine dauerhafte Struktur entsteht – mit wachsender institutioneller Verankerung und steigenden Kosten.

### Prävention oder Förderung?

Besonders problematisch ist das gesellschaftliche Signal. Wenn der Staat den Cannabis Konsum unter dem Label einer «begleiteten Abgabe» organisiert, ent-

steht leicht der Eindruck, dieser sei weitgehend unproblematisch. Damit wird die Glaubwürdigkeit der Präventionsarbeit geschwächt – gerade gegenüber Jugendlichen, die auf klare Orientierung angewiesen sind.

Eine verantwortungsvolle Drogenpolitik muss konsistent sein. Sie kann nicht glaubwürdig vor den Gefahren des Cannabiskonsums warnen und gleich-

«Die zentrale Aufgabe des Staates ist es, die Bevölkerung zu schützen.»

zeitig dessen staatlich organisierte Abgabe fördern. Statt neue staatliche Konsumstrukturen aufzubauen, sollte der Fokus auf Prävention, Aufklärung und dem Schutz besonders gefährdeter Gruppen liegen.

Die Weisung wurde im Gemeinderat deutlich angenommen; einzig die SVP stellte sich dagegen und lehnte sie ab.



Das Projekt wirft grundlegende ordnungs- und gesellschaftspolitische Fragen auf.

Bild: Adobe Stock

## AUS DEM USTERMER GEMEINDERAT

## Gemeindewahlen sind die Chance für eine bürgerliche Mehrheit in Uster

Die letzte Gemeinderatssitzung hat es wieder gezeigt: Äusserst knappe Ratsabstimmungen und zwei Stichentscheide des zurzeit von der SP gestellten Gemeinderatspräsidenten zeigen die knappen Mehrheitsverhältnisse in Uster.



Benjamin Streit  
Gemeinderat SVP  
Uster

An der Gemeinderatssitzung vom 16. März wurde die Leistungsmotion von unseren drei SVP-Gemeinderäten Daniel Schnyder, Andres Ott und Ulrich Schmid «Personalaufwand nachhaltig steuern – mit Verantwortung und Transparenz» mit 17:18 Stimmen durch Stichentscheid des Ratspräsidenten abgelehnt. Natürlich versteht es sich von selbst, dass die Linken den

Aufwuchs von Staatsangestellten nicht beschneiden wollen, immerhin arbeiten ihre Klientel und sie selbst oftmals beim Staat. Die Abstimmung zeigt aber, wie knapp die linke Mehrheit in Uster ist und wie immens bedeutend die Wahlen vom 12. April in Uster für unsere SVP Uster sind.

Denn knapp ging es an diesem Abend weiter, eine linke Motion hatte einmal mehr die Einführung eines Pilotprojekts zum Ziel. Dabei soll die offene Arbeit mit Kindern im Mittelstufenalter in der Freizeit gefördert werden. Offenbar muss man auch hier noch ein paar Genossen mit einer Arbeitsstelle «versorgen» und unsere Kinder in staatliche Obhut bringen. Natürlich entschied

auch hier der SP-Gemeinderatspräsident im Stichentscheid mit 18:17 für die Überweisung der Motion an den Stadtrat. Die ersten zwei Traktanden haben uns bereits wieder Millionen von Franken gekostet, weil wir den Personalaufwand durch die linke Mehrheit nicht eindämmen können bzw. dieser im Gegenteil noch ansteigen wird. Unsere Basis, der fleissige Mittelstand, wird weiter schufteln müssen, um die ausufernde Verwaltung von Uster durchfüttern zu können.

### Eine Stadt zum Essen

Wie abgehoben und durchgeknallt die Grünen sind, haben sie einmal mehr mit ihrem Postulat «Essbare Stadt» zum Besten gegeben. Die Grünen wollten beinahe alle möglichen Grünflächen, welche der Stadt gehören, in kleine Pflanzplätze und Gemüsebeete umwandeln – organisiert durch die Stadt unter Mitwirkung der Bevölkerung. Wer genau alles arbeitet und wer das Ganze erntet und am Schluss essen darf, war während der gesamten Debatte nie ganz klar. Kurzum, ein klassischer grüner Rohrkrepiere, den unser Fraktionspräsident Ulrich Schmid gekonnt mit einer guten Mischung aus Komik, Ironie und Ernsthaftigkeit in seinem Referat kommentierte. Der Rat sah das grüne Vorhaben als wenig erfolgversprechend und schickte die Motion mit 5:25 Stimmen bachab.

Bereits die nächste Vorlage der Grünen, ein Postulat zum Schutz der Bäume (was auch sonst), wurde dann wieder mit 18:16 Stimmen überwiesen.

### Die Wahlen sind entscheidend

Solche Ratssitzungen zeigen auf: Wenn wir solide bürgerliche Politik in Uster wollen, mit Themen, welche unsere Stadt wirklich vorwärtsbringen und für die Zukunft rüsten, müssen wir die Wahlen am 12. April gewinnen! Wenn der aktuelle Kurs in Uster so weiterläuft, werden wir zu einem sozialistischen Moloch. Der motorisierte Individualverkehr wird weiter verdrängt, die Verwaltung wächst unaufhaltsam und treibt die Kosten in die Höhe. Eine weitere Legislatur unter linker Mehrheit wird eine Steuerfusserhöhung nach sich ziehen, denn auch die Linken haben gemerkt, dass sie mit den aktuellen Steuereinnahmen ihre Luxusprojekte nicht verwirklichen können. Konkret ist mit zwei bis vier Prozentpunkten zu rechnen. SP-Gemeinderat Balthasar Thalman hat in der aktuellen Legislatur bereits einen solchen Antrag in einer Budgetdebatte eingereicht, dann aber wieder zurückgezogen. Der Sozialismus wird sich zudem in diversen Verordnungen einnisten, dazu gehört vor allem die Bau- und Zonenverordnung, aber auch die Abstellplatzverordnung, welche beide in der neuen Legislatur durch die rote Bourgeoisie von Uster überarbeitet werden.

Wer ein freiheitliches, prosperierendes Uster und vor allem mehr Geld im eigenen Portemonnaie haben will, tut gut daran, SVP zu wählen und in seinem Umfeld zu mobilisieren. In Uster schlägt die Stunde der Selbstverantwortung. Wer jetzt nicht möglichst viele Stimmbürger an die Urne bringt, damit sie die SVP wählen, braucht nicht zu jammern, wenn er sich später im Würgegriff der Sozialisten befindet!



Stärken wir am 12. April die SVP – für ein lebenswertes Uster.

Bild: Adobe Stock

SVP USTER

## Unterwegs für Uster – im Gespräch mit der Bevölkerung

Auch zwei Wochen vor den Wahlen zeigt sich: Viele sind noch unentschlossen. Und noch wichtiger: Viele sind noch nicht motiviert, überhaupt wählen zu gehen.

Genau deshalb sind solche Standaktionen zentral. Wir suchen bewusst das Gespräch, hören zu, nehmen Anliegen auf und zeigen Präsenz. Politik passiert nicht nur im Ratssaal – sondern draussen, bei den Menschen.

Jede Stimme zählt. Wer nicht wählt, überlässt anderen die Entscheidung.

Darum: Geht wählen. Engagiert euch. Redet mit. Gemeinsam gestalten wir Uster – für eusi Lüüt.

Am 12. April: Liste 2 wählen.

Daniel Schnyder,  
Gemeinderat und  
Präsident SVP Uster



Die SVP ist präsent und auf der Strasse, denn es braucht mehr Politik «für eusi Lüüt».

Bild: zVg

LESERBRIEF

## Unsere Zukunft braucht Grenzen

Ich wachse in einer Schweiz auf, die für mich Heimat, Sicherheit und Lebensqualität bedeutet. Ich liebe unsere Berge, unsere Seen, unsere Städte und Dörfer. Ich schätze die Natur, die Ordnung und den Zusammenhalt, die unser Land besonders machen. Doch immer mehr spüre ich, dass diese Schweiz unter Druck gerät.

Immer mehr Menschen brauchen Platz zum Wohnen, für Arbeit und für ihre Mobilität. Grünflächen verschwinden, die Landschaft wird verbaut und die Mieten steigen. Züge sind überfüllt, Strassen verstopft, und immer mehr Energie und Ressourcen werden benötigt. Ich frage mich: Wie viel Wachstum verträgt ein kleines Land wie die Schweiz noch?

Nachhaltigkeit bedeutet Verantwortung – Verantwortung gegenüber der Umwelt, gegenüber unserer Lebensqualität und gegenüber kommenden Generationen. Wenn die Bevölkerung immer weiter wächst, geraten unsere Natur und unsere Infrastruktur an ihre Gren-

zen. Ich als junger Mensch werde mit den Konsequenzen leben müssen.

Ich will eine Schweiz, die auch morgen noch lebenswert ist. Eine Schweiz, die ihre Schönheit bewahrt, ihre Stabilität schützt und ihre Identität nicht verliert. Wachstum darf kein Selbstzweck sein. Es muss in einem gesunden Gleichgewicht mit unserer Umwelt stehen.

Darum sage ich am 14. Juni JA zur Nachhaltigkeits-Initiative. Damit unsere Schweiz auch in Zukunft das bleibt, was wir alle lieben.

Aaron Gafner,  
SVP Hombrechtikon

SVP BEZIRK MEILEN

## Erfolge und Herausforderungen der SVP Bezirk Meilen

Domenik Ledergerber und Tumasch Mischol berichteten vor den Bezirksdelegierten über die Arbeit der Kantonsratsfraktion.

Im bis auf den letzten Platz besetzten Restaurant Hasenacker in Männedorf hielt die SVP des Bezirks Meilen ihre ordentliche Delegiertenversammlung ab. Bezirksparteipräsident Marc Wachter (Zumikon) führte gewohnt schwungvoll durch die Geschäfte und verdankte insbesondere dem neugewählten Gemeinderat Patrick Tarnutzer (Männedorf) den offerierten Apéro. In seinem Jahresbericht betonte der Präsident, er habe es sich zur Aufgabe gesetzt, im ersten Amtsjahr sämtliche Sektionen zu besuchen – was ihm weitgehend gelungen sei.

Sämtliche Veranstaltungen verliefen sehr erfolgreich, desgleichen die in stiler Wahl durchgeführten Erneuerungswahlen ans Bezirksgericht. Gewählt wurden neben Bezirksgerichtspräsident Hanspeter Meister auch Adrian Joss und Gabriele Ramer als vollamtliche Mitglieder sowie Seraina Leuthold als teilamtliches Mitglied.

Bei den jüngsten Gemeindewahlen sieht das Bild durchgezogen aus: Die Sitze konnten mehr oder weniger gehalten, aber nicht ausgebaut werden. Das Ziel von Präsident Wachter, die Sichtbarkeit der Bezirkspartei zu erhöhen, wurde durch einen Newsletter, zahlreiche Beiträge in den sozialen Medien und eine sehr gut aufgenommene «Päckliaktion» für Rekruten erreicht.

### Ambitioniertes Ziel für den 14. Juni

Bezirkskassier Benno Müller (Zumikon) konnte eine ausgeglichene Jahresrechnung präsentieren. Neu in den Bezirksausschuss wurde der achtzehnjährige Aaron Gafner (Hombrechtikon) gewählt, der sich zum Maurer ausbildet und parallel dazu die technische Berufsmaturitätsschule besucht. Für die Kantons- und Regierungsratswahlen vom 4. April 2027 hat sich eine Wahlkommission unter der früheren Kantonsrätin Theres Weber (Uetikon am See) gebildet. Im Hinblick auf die wichtige Abstimmung über die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» muss es das Ziel sein, in sämtlichen Gemeinden des Bezirks ein JA zu erreichen.

### Erfolgreiche Gemeindewahlen – weiter so!

Nach dem Abendessen orientierten Kantonalparteipräsident und Kantonsrat Domenik Ledergerber (Herrliberg) sowie Kantonsrat Tumasch Mischol (Hombrechtikon) über die Herausforderungen und die Erfolge der laufenden Legislatur 2023–2027. Bei den Gemeindeerneuerungswahlen vom März 2026 konnte die SVP in vielen Zürcher Gemeindeparlamenten stark zulegen und

ihre Rolle als führende politische Kraft auf lokaler Ebene weiter festigen.

In den Bereichen Asyl und Energie konnte die Partei an der Urne punkten.

«Die SVP setzt die richtigen Schwerpunkt und macht Politik für das Volk.»

Die SVP erreichte, dass der Regierungsrat eine Nein-Empfehlung zum Energiegesetz abgab. Sie positioniert sich weiterhin erfolgreich als die Partei, die die Wirtschaft und das Gewerbe am konsequentesten vertritt, insbesondere durch die hohe Dichte an selbstständig Er-

werbenden in ihrer Fraktion. Im Kantonsrat setzt die Fraktion regelmässig Forderungen nach Steuersenkungen und der Stabilisierung der Staatsausgaben durch, um die Standortattraktivität Zürichs zu wahren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die SVP des Kantons Zürich in dieser Legislatur ihre Basis mobilisieren konnte, um bei den Wahlen ihre Vormachtstellung zu sichern und gleichzeitig Themen wie Zuwanderung und Sicherheit im Zentrum der kantonalen Politik zu halten.

Marc Wachter,  
Präsident SVP Bezirk Meilen,  
Zumikon



Es gilt, an die vergangenen Erfolge anzuknüpfen – für eine sichere Zukunft in Freiheit.

Bild: zVg



v.l.n.r.: Kantonsrat Tumasch Mischol, Bezirksparteipräsident Marc Wachter sowie Kantonsrat und Kantonalparteipräsident Domenik Ledergerber.

Bild: zVg

LESERBRIEF

## Unterwerfung oder Unabhängigkeit

Es ist vollbracht: Die EU-Verträge sind vom Bundesrat in Brüssel unterschrieben worden. Was jetzt?

Das EU-Vertragspaket ist von so grosser Wichtigkeit, dass es zwingend dem obligatorischen Referendum mit Ständemehr unterstellt werden muss.

In der Bundesverfassung steht geschrieben: Art. 1, Schweizerische Eidgenossenschaft: «Das Schweizervolk und die Kantone Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhodon und Appenzell Innerrhodon, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genève und Jura bilden die Schweizerische Eidgenossenschaft.»

Art. 2 Abs. 1, Zweck: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.»

Der oberste Souverän ist das Schweizer Volk, Volk und Stände (Kantone) bilden die Schweizerische Eidgenossenschaft. Sie bilden zusammen die gesetzgebende Kraft in unserem Land.

Das vorliegende EU-Vertragspaket steht im Widerspruch zur Bundesverfassung und zu ihrem Schwur. Die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz werden preisgegeben und die demokratischen Volksrechte ausgehöhlt. Das Schweizer Volk als oberster Souverän und Gesetzgeber entmachtet – und die Kantone werden degradiert.

Eine düstere Aussicht... Ich hoffe, dass es noch viele Walter Fürst (Uri), Werner Stauffacher (Schwyz) und Arnold von Melchtal (Unterwalden) gibt. Sie sind die Begründer der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Laut der Überlieferung schworen sie 1291 den Rütli-Schwur, um sich gegen die äussere Be-

drohung der Herrschaft der Habsburger zu verbünden. Sie gelten als Symbol für Unabhängigkeit, Einigkeit und Freiheit.

Gerade in der jetzigen desolaten Situation in der EU und weltweit ist es wichtig, unsere Eigenständigkeit und unsere Freiheit zu schützen. Keine Unterwerfung, keine fremden Richter und ganz sicher keine Zwangsübernahme, welche unserer Wirtschaft schadet. Zu alledem fügt sich noch die Belastung der immens hohen Kohäsionszahlungen in Milliardenhöhe, gefordert durch die EU, hinzu.

«Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren», sagte Benjamin Franklin, einer der Gründerväter der Vereinigten Staaten von Amerika.

Heidi Jucker, Adliswil

**Unterwerfen – Bezahlen – Nichts mehr zu sagen haben!**  
Der EU-Unterwerfungsvertrag betrifft auch Sie.

**Einladung zur öffentlichen Informations-Veranstaltung**

Es informiert:  
**Benjamin Fischer**  
Nationalrat

**Wo:** Nüssli AG, Braustrasse 7, 8308 Agasul  
**Wann:** 15. April 2026, ab 19.00 Uhr

unterwerfungsvertrag.ch

Komitee  
**NEIN** zum  
EU-Unterwerfungsvertrag!

**SVP DIGITAL**

**Teleblocher**  
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

**In den Sumpfen von Bern**  
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

**Weltwoche daily**  
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

**SVP des Kantons Zürich**  
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

**Wortwächsel**  
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

**Jobs**  
Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.

**SVP-STÄMME**

**Bezirk Bülach/Bachenbülach**  
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss [www.svp-bachenbuelach.ch](http://www.svp-bachenbuelach.ch).

**Bezirk Bülach/Embrach**  
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

**Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf, Regensberg und Steinmaur**  
Jeden Dienstag, ab 17.30 Uhr, Gasthof zum Kreuz, Bachserstrasse 7, Steinmaur.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

**Bezirk Horgen/Adliswil**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

**Bezirk Horgen/Thalwil**  
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

**Bezirk Meilen/Stäfa**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Lokalität gemäss [www.svp-staefa.ch](http://www.svp-staefa.ch).

**Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**  
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

**Bezirk Uster/Uster**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30 – 17.00 Uhr, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster. Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss <https://event.evagic.com/svp-uster>.

**Stadt Winterthur**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

**Stadt Winterthur/Wülflingen**  
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website [www.jsvp-zh.ch](http://www.jsvp-zh.ch).

**SVP-VERANSTALTUNGEN**

**Bezirk Affoltern/Bonstetten**  
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Verträge, Gemeindsaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident.

**Bezirk Affoltern/Mettmenstetten**  
Freitag, 17. April 2026, 19.30 Uhr, Sessionsrückblick, Pfarrhauskeller, Albisstrasse 10, Mettmenstetten, mit Nationalrat Martin Haab.

**Bezirk Andelfingen/Flaach**  
Samstag, 27. Juni 2026, 18.00 Uhr, Sommerfest, Worbighalle, Botzengasse 15, Flaach, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.

**Bezirk Bülach/Wil**  
Sonntag, 10. Mai 2026, 10.00 Uhr, Frühschoppen, Weingut, Sonnenberg 1, Wil, mit Nationalrätin Therese Schläpfer.

**Bezirk Dielsdorf/Dänikon**  
Dienstag, 12. Mai 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeits-Initiative, Anna Stüssli Haus, Oberdorfstrasse 3, Dänikon, mit Nationalrat Thomas Matter.

**Bezirk Dielsdorf/Otelfingen**  
Montag, 18. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium zur Nachhaltigkeits-Initiative, Saal Kirchgemeinde, Vorderdorfstrasse 36, Otelfingen, mit Nationalrätin Barbara Steinemann und Kantonsrat Markus Bopp. Anschliessend Apéro.

**Bezirk Dielsdorf/Regensdorf**  
Freitag, 1. Mai 2026, 12.00 Uhr, Tag der Arbeit, Dorfstrasse, Watt, mit Nationalrat Benjamin Giezendanner.

**Bezirk Dielsdorf/Stadel**  
Samstag, 9. Mai 2026, 11.00 – 16.00 Uhr, SVP-Stand am Frühlingsmarkt, Dorfkern, Stadel.

**Bezirk Dietikon/Oetwil an der Limmat**  
Donnerstag, 30. April 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeits-Initiative, Gemeindscheune, Schmittengasse 5, Oetwil an der Limmat, mit Nationalrat Benjamin Fischer und Alt Bundesrat Ueli Maurer. Weitere Informationen und Anmeldung unter [www.svp-oetwil-geroldswil.ch](http://www.svp-oetwil-geroldswil.ch).

**Bezirk Dietikon/Weiningen**  
Dienstag, 7. April 2026, 20.00 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeits-Initiative, Schlössli, Regensdorferstrasse 9, Weiningen, mit Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktionspräsident.

**Bezirk Meilen/Küsnacht**  
Dienstag, 26. Mai 2026, 19.00 Uhr, Sessionsrückblick, Schützenstube, Hesligenstrasse 115, Küsnacht, mit den Nationalräten Nina Fehr Düsel und Mauro Tuena.

**Bezirk Meilen/Meilen**  
Mittwoch, 6. Mai 2026, 19.15 Uhr, Podium zur Nachhaltigkeits-Initiative, Restaurant Löwen, Seestrasse 595, Meilen, mit Nationalrat Thomas Matter und den Kantonsrätinnen Marion Matter und Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich. Anschliessend Apéro.

**Bezirk Meilen/Oetwil am See**  
Freitag, 10. April 2026, 20.30 Uhr, Referat, im Anschluss an die Generalversammlung, Landgasthof Sternen, Esslingerstrasse 1, Oetwil am See, mit Regierungsrätin Natalie Rickli.

**Stadt Zürich/Kreis 10**  
Samstag, 9. Mai 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenhühlweg, Zürich-Höngg.

**Kantonsrat Zürich** **Parlamentdienste**

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

**ein nebenamtliches Mitglied für das Baurekursgericht (SVP) 20%**  
per 1. Mai 2026 für den Rest der Amtsdauer 2023-2029

Das Baurekursgericht ist ein erstinstanzliches Fachgericht zur Beurteilung bau-, planungs- und umweltrechtlicher Rekurse. Seine Besonderheit liegt darin, dass das nötige Fachwissen von den nebenamtlich tätigen Präsidenten/Präsidentinnen und Mitgliedern eingebracht wird. Zeitaufwändige Expertisen sind dadurch in aller Regel entbehrlich.

**Anforderungen:**

- Vertiefte Kenntnisse in den Fachbereichen Architektur, Planung, Ingenieurwesen, Umweltwissenschaften
- Vertrautheit mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Verhandlungsgeschick und sicheres Auftreten
- Bereitschaft zur Teilnahme an Sitzungen (Urteilsberatungen), Augenscheinen, Fallbesprechungen etc. und zum Aktenstudium, gesamthaft im Umfang von rund zwei halben Tagen pro Woche
- Zeitliche und örtliche Flexibilität
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Einwandfreier Leumund

Die Mitglieder des Baurekursgerichts werden durch den Kantonsrat gewählt. Der Sitz wird von der SVP beansprucht.

Die Höhe der Entschädigung für die Teilnahme an Augenscheinen, die Tätigkeit als Referent/in und die Erstellung von Fachberichten richtet sich nach der kantonalen Personalverordnung und dem Reglement des Verwaltungsgerichts.

Umfassende Informationen zum Baurekursgericht finden sich im Internet unter [www.baurekursgericht-zh.ch](http://www.baurekursgericht-zh.ch).

Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, Nathalie Malinowski, Tel. 043 259 20 67.

**Interessiert?**  
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit den üblichen Unterlagen sowie einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum 17. April 2026.

Für Fragen steht Ihnen Frau Nathalie Malinowski, Sekretärin der Justizkommission, +41 43 259 20 67 gerne zur Verfügung.

**IMPRESSUM**

**Zürcher Bauer** ISSN 1660-6701  
**Der Zürcher Bote** ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

**Jahresabonnement Print + Online:** Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** [www.zbv.ch/zuercher-bauer](http://www.zbv.ch/zuercher-bauer). **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, [abo@zuercher-bauer.ch](mailto:abo@zuercher-bauer.ch).

**Interne Autoren:** SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, [inserate@svp-zuerich.ch](mailto:inserate@svp-zuerich.ch). **Insertenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** [veranstaltungen@svp-zuerich.ch](mailto:veranstaltungen@svp-zuerich.ch) **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Samstag, 16. Mai 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 6. Juni 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenhühlweg, Zürich-Höngg.

**VERANSTALTUNGEN GEGEN DEN EU-UNTERWERFUNGSVERTRAG**

**Bezirk Affoltern/Bonstetten**  
Montag, 22. Juni 2026, 19.30 Uhr, Gemeindsaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit Nationalrat Franz Grüter.

**Bezirk Andelfingen/Laufen-Uhwiesen**  
Freitag, 3. Juli 2026, 18.30 Uhr, Schützenhaus, Steinerberg 313, Uhwiesen, mit Nationalrat Martin Hübscher.

**Bezirk Meilen/Zollikon**  
Montag, 11. Mai 2026, 19.30 Uhr, Reformiertes Kirchgemeindehaus, Rösslirain 2, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

**Bezirk Pfäffikon/Illnau-Effretikon**  
Mittwoch, 15. April 2026, 19.00 Uhr, Nüssli AG, Braustrasse 7, Agasul, mit Nationalrat Benjamin Fischer.

**Bezirk Winterthur/Seuzach**  
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Mehlhüli, Stationsstrasse 2, Seuzach, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel.

**WEITERE VERANSTALTUNGEN**

Dienstag, 14. April 2026, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Mehrzweckhalle Eichli, Graftschaffstrasse 57, Niederglatt.

Samstag, 25. April 2026, 09.30 Uhr, SVP-Academy, Restaurant Sonnentäl, Zürichstrasse 94/96, Dübendorf. Weitere Informationen und Anmeldung unter [www.svp.ch/svp-academy](http://www.svp.ch/svp-academy).

Mittwoch, 6. Mai 2026, 15.00 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeits-Initiative des Vereins für aktive Senioren, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, mit Nationalrat Thomas Matter.

Samstag, 26. September 2026, bis Sonntag, 27. September 2026, SVP-Schiessen 2026, Vorschiesen am Samstag, 12. September 2026, Schiessplatz Steinacker, Marthalen. Weitere Informationen und Anmeldung unter [www.svp-schiessen.ch](http://www.svp-schiessen.ch).

**Sie möchten inserieren?**  
Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.

**SVP** Die Partei des Mittelstandes

**EINLADUNG**  
zur Delegiertenversammlung  
Dienstag, 14. April 2026, 19.30 Uhr  
Mehrzweckhalle Eichli, Graftschaffstrasse 57, 8172 Niederglatt

**Vorprogramm**  
Türöffnung und Verpflegung ab 18.30 Uhr, Vorprogramm ab 18.45 Uhr

- Geniessen Sie heissen Schüblig oder Wienerli mit «Werni's» Kartoffelsalat, Niederglatte-Höfglacé und Kuchenbuffet
- Musikalischer Auftakt durch die Spielgemeinschaft «Spiegelglatt» bestehend aus dem Musikverein Harmonie Niederglatt und dem Musikverein Oberglatt
- Begrüssung durch Mike Glättli, Sektionspräsident Niederglatt

**Traktanden**

- 1. Begrüssung und Standortbestimmung** Parteipräsident
- 2. Wahl der Stimmzähler** Parteipräsident
- 3. Eidg. Abstimmungsvorlagen vom 14. Juni 2026**
  - a) Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeits-Initiative)»**  
NR Thomas Matter / NR Martin Hübscher
  - b) Änderungen Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz)**  
Parolenfassung NR Mauro Tuena

**P A U S E mit Verpflegungsmöglichkeit**

- 4. Kantonale Abstimmungsvorlagen vom 14. Juni 2026 - Parolenfassung**
  - a) Änderung vom 15. September 2025 Kantonsverfassung (Vertretung von Kantonsratsmitgliedern)** KR Roman Schmid
  - b) Volksinitiative «Wohneigentum wieder ermöglichen (Wohneigentums-Initiative)»** KR Markus Bopp
  - c) Volksinitiative für mehr günstige und gemeinnützige Wohnungen («Wohnungsinitiative»)** KR Markus Bopp
  - d) Volksinitiative «Bezahlbare Wohnungen schützen. Leerkündigungen stoppen (Wohnschutz-Initiative)»** KR Markus Bopp
  - e) Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock: Für eine automatische Entlastung bei den Krankenkassenprämien»** KR Paul Mayer
- 5. Rechnung 2025 / Budget 2026** KR Patrick Walder, Kassier
- 6. Verschiedenes**